



Gemeinsam einsam - Der Europäische Asylpakt

Am 20. Dezember 2023 haben sich die AEU-Kommission, das Europäische Parlament und die EU-Mitgliedsstaaten überraschend auf ein neues gemeinsames Asylsystem «GEAS» geeinigt. Nachdem eine Einigung aufgrund EU-interner Streitigkeiten lange Zeit als undenkbar galt, konnte das neue Gesetz nun innerhalb kürzester Zeit verabschiedet werden.

Inhaltlich bringt das «GEAS» keine Neuerungen, sondern vor allem neue rechtliche Rahmenbedingungen für einen permanenten Ausnahmezustand, der vielerorts bereits praxis ist: die Internierung von Menschen in Lagern an den europäischen Aussengrenzen im Rahmen sogenannter «Grenzverfahren», die faktische Legalisierung von Push-Backs und Neo-Refoulement-Praktiken, die militärische und technologische Aufrüstung der Grenzen, bei gleichzeitiger humanitärer Notverwaltung durch NGOs und internationale Organisationen an Orten, an denen sich der Staat praktisch vollständig zurückgezogen hat.

Weder das Problem der strukturellen Ungleichverteilung von Verantwortlichkeiten im Rahmen des Dublin-Abkommens zwischen den EU-Staaten noch der untragbare Zustand der vielen Toten an den europäischen Außengrenzen werden angegangen. Ganz im Gegenteil.

Die Tatsache, dass die im «GEAS» vorgesehenen Massnahmen mehrheitsfähig geworden sind, macht deutlich, wie sehr die extreme Rechte in Europa an Boden gewonnen hat. Während nach dem Brexit viele glaubten, die Rechten hätten kein Interesse an Europa, erweist sich die krisengeschüttelte EU als idealer Nährboden für die Verallgemeinerung einer autoritären, menschenverachtenden Politik. Die Person des wegen Korruption entlassenen Frontex-Chefs Fabrice Legerie, der nun als Kandidat des französischen «Rassemblement National» bei den Europawahlen antritt, ist ein augenfälliges Beispiel für dieses Zusammenspiel. Da die Schweiz ein assoziierter Schengen-Staat ist, wird ein Grossteil der neuen Re-

gelungen auch in der Schweiz umgesetzt werden müssen. Welche Veränderungen damit verbunden sind, was dies für Geflüchtete Menschen in Europa und in der Schweiz bedeutet und inwiefern die zunehmende Brutalisierung der Grenzen auch unsere Gesellschaften verändert, lesen Sie in dieser Ausgabe des Trotzdem.

20.000 Euro ist ein Mensch wert

Seiten 2-5

Warum sich eine autoritäre Asylpolitik letztlich gegen uns selber richtet

Seiten 6-7

Der realistische linke Asylpolitiker

Seite 8

GEAS - Das „Gemeinsame Europäische Asylsystem“

20.000 Euro ist ein Mensch wert

«20.000 Euro soll es einen europäischen Staat kosten, die Aufnahme einer geflüchteten Person zu verweigern. Mit anderen Worten: 20.000 Euro ist den europäischen Staaten eine geflüchtete Person wert.» Mit diesen Worten eröffnete Kaspar Surber Ende März die erste grössere Veranstaltung des Zusammenschlusses von verschiedenen Organisationen, die im Asyl- und Migrationsbereich arbeiten. «NoGEAS» nennt sich das Bündnis. Damit regt sich auch in der Schweiz Widerstand gegen die in der EU bereits im Dezember 2023 verabschiedeten neuen Regelungen zum «Management» von geflüchteten Menschen in Europa. Dieser Widerstand blieb auf europäischer Ebene, wohl aufgrund verschiedenster Faktoren aus. Daher ist es nun umso wichtiger, dass wir in der Schweiz – auch in Anlehnung an den Diskurs, der während und nach des No-Frontex-Referendums intensiv geführt wurde – informieren, sensibilisieren und gegen die Legalisierung der menschenverachtenden Regelungen protestieren.

Im Folgenden wird versucht eine Erklärung zu finden, wie es zur kürzlich beschlossenen Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) kam, welche Auswirkungen diese neuen Regelungen auf geflüchtete Menschen haben werden und inwiefern die Schweiz davon betroffen ist.*

Externalisierung von Grenzen bereits vor 2015

Ende der 2000er Jahre schien der Ausbau des europäischen Migrations- und Grenzregimes aus Sicht der Europäischen Kom-

mission und vieler EU-Regierungen seine Ziele erreicht zu haben. Die Abschottungsstrategien inkl. der Gründung der EU-Grenzschutzagentur Frontex, der Ausbau digitaler und biometrischer Datenbanken und Überwachungssysteme zur Migrationskontrolle waren etabliert und ihre Kontrollen jenseits der eigenen Grenzen durch Abkommen mit Marokko, Maureta-

«Innerhalb des europäischen Grenzregimes entstanden ab 2011 grosse Lücken, da zuvor grenzpolitisch mit der EU kooperierende Regierungen in Tunesien und Libyen im Zuge des Arabischen Frühlings gestürzt wurden.»

nien, Tunesien und Libyen externalisiert. Doch die Zuversicht war von kurzer Dauer. In den 2010er Jahren geriet die europäische Migrationspolitik in eine Krise. Entgegen allen Versuchen dies zu verhindern, stieg die Zahl jener Menschen, die es trotz aller Hürden schafften, EU-Territorium zu erreichen, um dort Schutz zu suchen. In Politik, Medien und Wissenschaft wurde dieser Prozess überwiegend als «Flüchtlingskrise» bezeichnet, wobei dieser Begriff geflüchtete Menschen selbst zum Problem erklärt. Daher sprechen kritische Stimmen von der «Krise des europäischen Grenzregimes».

Krise des europäischen Grenzregimes in den 2000ern

Verschiedene Faktoren führten zu dieser Krise, wobei die gestiegene Zahl der Asylanträge in der EU von 2011 bis 2014 nur

eine der Ursachen darstellt. Während des arabischen Frühlings begannen grosse Teile der Bevölkerungen im Mittleren Osten und Nordafrika in heftigen sozialen Kämpfen gegen Korruption, politische Repression und ökonomische Perspektivlosigkeit zu protestieren. Doch auch jenseits des Arabischen Frühlings eskalierten in Europas Nachbarregionen sozioökonomische Konflikte gewaltsam. Die Folgen des Klimawandels führten in diesen Regionen zu einer Zuspitzung der Verschlechterung von Lebensbedingungen und zu einer gewaltsamen Eskalation sozioökonomischer Konflikte. Auch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 verschärfte auf direkte und indirekte Weise die Lebensbedingungen von Millionen Menschen in Afrika und Asien und hatte negative Folgen auf

die Fähigkeiten der EU-Staaten die sozialen, ökonomischen und gesellschaftlichen Konflikte und Krisen innerhalb Europa, aber auch in den beschriebenen Krisenregionen zu restabilisieren, Konflikte zu entschärfen oder Lebensbedingungen zu verbessern. Innerhalb des europäischen Grenzregimes entstanden ab 2011 grosse Lücken, da zuvor grenzpolitisch mit der EU kooperierende Regierungen in Tunesien und Libyen im Zuge des Arabischen Frühlings gestürzt wurden. Das Schengen-Regime wurde ab 2011 vermehrt angegriffen und in Frage gestellt, als mehr und mehr Staaten begannen, ihre EU-Binnengrenzen zu kontrollieren, um die EU-interne Mobilität von Geflüchteten unter Kontrolle zu bringen. Doch auch politischen Erfolge linker Kräfte in Europa, inklusive migrantischer Selbstorganisationen, deren jahrzehntelange Kämpfe und Mobilisierungen für eine humanere

Migrationspolitik führten zumindest teilweise zu einer vielfach als «Willkommenskultur» bezeichneten Öffnung sowie zu einer Reihe progressiver Gesetze, Gerichtsurteile und Seenotrettungs-Operationen.

Ferner wollten erstarkende rechtskonservative Kräfte in Staaten an den europäischen Aussengrenzen mit dem Dublin-Ersteinreiselandprinzip brechen und wünschten sich EU-weite Umverteilungsmechanismen. Dagegen lehnten rechts-konservative Kräfte in den Ländern Nordwesteuropas dies vehement ab. Dies wiederum führte dazu, dass Behörden in den süd- und osteuropäischen Grenzstaaten ankommende Geflüchtete teils nicht mehr registrierten oder es vermieden, ihre Fingerabdrücke in die EURODAC-Datenbank einzuspeisen. Auch vermieden sie es, faire Asylverfahren und menschenwürdige Aufnahmebedingungen für Geflüchtete zu schaffen.

Diese, gegen EU-Recht verstossende Asylsysteme, konnten aus ihrer Sicht dazu beitragen, dass Asylsuchende in andere EU-Länder weiterzogen und von dort nicht per Dublin-Abschiebung zurückgebracht wurden. Hinzu kam, dass die EU bei ihrem Festhalten am Dublin-Ersteinreiselandprinzip die Autonomie der Geflüchteten nicht einkalkulierten. Anstatt sich dem Dublin-Regime zu fügen, das ihre Interessen in keiner Weise berücksichtigte, hebelte deren Mobilität innerhalb des Schengen-Raumes das Dublin-Regime zunehmend aus.

Nach dem «Sommer der Migration» (April 2015 bis März 2016) konnten sich die Staaten der Europäischen Union daher nicht auf die ersten Vorschläge zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) einigen. Besonders umstritten war damals die anvisierte Dublin IV-Verordnung und damit die Frage, auf Basis welcher Prinzipien die EU-Staaten sich Verantwortung und Kosten für Aufnahme, Asylverfahren und gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten teilen sollten. Im Mittelpunkt dieser Blockade standen gegeneinander agierende konservative und rechts-nationale Regierungen.

Was hat sich nun geändert? «Migrationsmanagement» als Lösung der Probleme

Diese Unfähigkeit auf europäischer Ebene einen Kompromiss zu finden, der zudem die Interessen der Geflüchteten hätte einbeziehen müssen, um auch tatsächlich zu funktionieren, führte dazu, dass vor allem am Aussengrenzschutz und der Externalisierung der Grenzen angesetzt wurde (bspw. Deals mit mazedonischen und der türkischen Regierung sowie die Ausrüstung und Finanzierung bewaffneter Gruppen in Libyen).

Die EU-Regierungen einigten sich ab 2015 auf zwei neue Frontex-Verordnungen, die der EU-Grenzschutzagentur substantiell mehr Ressourcen und Kompetenzen zuwies. Ausserdem betrieb man eine Politik des Sterbenlassens. Dabei wurde die erst noch staatliche (Mare Nostrum), dann private Seenotrettung zunehmend kriminalisiert. Es entwickelte sich eine neue Regulationsform des EU-Grenzregimes: Harte Externalisierung reduziert die Zahl der Ankünfte und die wenigen Menschen die durchkommen, werden informell in der EU verteilt.

Die Reform des GEAS ist auch eine Folge der weitreichenden «Europäisierung» der Kontrolle von Asylsuchenden direkt nach ihrer Ankunft. Vor allem in den Hotspots auf griechischen Inseln kooperieren Beamt:innen aus zahlreichen EU-Staaten und EU-Agenturen (Frontex, EU-Asylagentur (ehemals EASO), Euro-pol, Eurojust) in teils menschenrechtlich fragwürdiger Weise, um Schutzsuchende zu registrieren und an der Weiterreise zu hindern. Hinzu kommt, dass Grenzen innerhalb der EU vermehrt kontrolliert werden. Diese Tendenzen wurden nun in den revidierten Verordnungen und Richtlinien des GEAS festgeschrieben und legalisiert.

Im Dezember 2023 einigten sich die EU-Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament auf eine Reform, die den Zugang zum Recht auf Asyl massiv einschränken wird. Mit den vier Buchstaben «GEAS» werden diejenigen Normen der EU bezeichnet, welche Richtlinien und Verordnungen umfassen, die für ein einheitliches Asylverfahren in Europa sorgen sollen. Mit der Revision stellt die EU das in der Genfer-Flüchtlingskonvention verbriefte und für alle europäischen Staaten

verpflichtende Recht auf Zugang zu einem Asylverfahren und der individuellen Prüfung der Schutzgründe, in Frage und hebt dieses teilweise aus. Es wird insbesondere auf verkürzte Verfahren an den EU-Aussengrenzen gesetzt, wo geflüchtete Menschen in haftähnlichen Camps auf ihren Entscheid warten müssen. Ausschaffungen in unsichere

Drittstaaten, welche kurzum generell als «sicher» eingestuft werden, sollen vereinfacht und ausgeweitet werden. Damit legalisiert die EU die bereits bestehenden menschenunwürdigen Unterbringungsbedingungen und Asylverfahren an den EU-Aussengrenzen. Als assoziiertes Schengen/Dublin-Mitglied ist auch die Schweiz von diesen geplanten GEAS-Änderungen direkt betroffen.

«Anstatt endlich eine solidarische Verteilung der Asylsuchenden in Europa zu erreichen, zementiert die Reform die menschenverachtenden Dublin-Regeln und verschärft sie noch.» sagt Simon Noori, Geschäftsleiter sofs und Mitbegründer des Zusammenschlusses NoGEAS. «In der nun verabschiedeten Form ist das GEAS vom Irrglauben geprägt, dass sich Flucht und Migration durch noch mehr Entrechtung und Gewalt tatsächlich aufhalten lassen. Gleichzeitig stirbt mit der Reform die Hoffnung auf eine gemeinsame und solidarische europäische Asylpolitik.»

* Der Text orientiert sich im ersten Teil grösstenteils an der Analyse von Fabian Georgi, «Kämpfe der Migration im Kontext. Die Krisendynamik des europäischen Grenzregimes seit 2011», erschienen in Jens Wissel, Daniel Keil (Hrsg.), Staatsprojekt Europa. Eine staatsrechtliche Perspektive auf die Europäische Union (Reihe Staatsverständnisse, Bd. 137), 2019, Baden-Baden, S. 205-227.

«Anstatt endlich eine solidarische Verteilung der Asylsuchenden in Europa zu erreichen, zementiert die Reform die menschenverachtenden Dublin-Regeln und verschärft sie noch.»

Düstere Zeiten
für die Bewegungsfreiheit
für alle. Am 30. März fand sich in Bern
aber trotzdem eine Demo gegen den
Asylpakt zusammen.
(Bild: antira.org)



Die neuen Regelungen: «Screening» und kurze Grenzverfahren

Wenn Asylsuchende europäisches Festland erreichen oder auf See aufgegriffen werden, werden sie erst ein sogenanntes «Screening» durchlaufen müssen. Dabei werden sie identifiziert, ihre persönlichen Daten in die EURODAC-Datenbank aufgenommen - neu nebst Fingerabdrücken auch Gesichtsbilder, biographische Angaben, Fotos von Identitätsdokumenten. Sie werden kurz befragt, erhalten einen Gesundheitscheck und werden dann einer bestimmten Verfahrensart zugeteilt. Asylsuchende aus Ländern mit einer Anerkennungsquote von unter 20% kommen in ein stark verkürztes Grenzverfahren von 12 Wochen, wo sie keine Rechtsvertretung erhalten und während dessen Dauer sie in haftähnlichen Bedingungen untergebracht werden, wo die Zivilgesellschaft nur schwer Zugang erhält. Wenn in diesem

Grenzverfahren festgestellt wird, dass die Person eine «Verbindung» zu einem sicheren Drittstaat hat, wird auf das Asylgesuch nicht eingetreten. Eine «Verbindung» kann bereits dann angenommen werden, wenn eine Person sich in diesem Land niedergelassen oder aufgehalten hat. Die EU beabsichtigt zudem die Liste der Länder, welche als «sicher» gelten, deutlich zu erweitern. Menschen, die im Grenzverfahren einen negativen Entscheid erhalten oder auf deren Asylgesuch gar nicht eingetreten wird, kommen anschliessend in das «Rückkehrgrenzverfahren». Menschen mit einem Nichteintretensentscheid wird dadurch die Möglichkeit der Prüfung der individuellen Asylgründe absolut verweigert.

«Asyl- und Migrationsmanagement»

Gemäss der Devise, dass Migration ein «Managementproblem» darstellt, erhält

die aktuelle «Dublin-III-Verordnung» den neuen Namen «Asyl- und Migrationsmanagementverordnung». Die bereits heute schon für viele Geflüchtete problematischen Regelungen werden neu verschärft, Fristen zu Gunsten der Geflüchteten verlängert und Fristen zu Ungunsten der Geflüchteten verkürzt. Die sechsmonatige Überstellungsfrist, nach deren Verstreichen bisher die Schweiz für die Prüfung des Asylgesuchs zuständig wurde, kann auf ein Jahr verlängert werden (bisher 6 Monate). Bei Untertauchen oder «mangelnder Kooperation» (wohlgermerkt bei der eigenen Zwangsausschaffung) sogar auf drei Jahre (bisher 18 Monate). Ausserdem sollen neu auch Kinder in den nach den Dublin-Regeln zuständigen Staat überstellt werden können. Bis heute waren Kinder von dieser Regelung ausgenommen.

Legalisierung der Instrumentalisierung von Geflüchteten

Bei hohen Zahlen von ankommenden Geflüchteten, bei höherer Gewalt (z.B. COVID-19-Pandemie) oder bei «Instrumentalisierung», wie im 2021 an der Grenze Belarus - Polen¹, kann ein EU-Mitgliedstaat eine «Migrationskrise» ausrufen. Er hat dann legalisiert durch die neue Krisenverordnung das Recht alle Geflüchteten in den neuen Grenzverfahren abzufertigen. Ob dabei überhaupt auf ihre Asylgesuche eingetreten wird, hängt von ihren Fluchtrouten ab. Haben sich Geflüchtete in Ländern wie die Türkei, Serbien oder Tunesien aufgehalten, die die EU zu sicheren Drittstaaten erklären wird, werden ihre Gesuche gar nicht erst geprüft. Das Bündnis NoGEAS befürchtet, dass aufgrund der Entwicklungen in den letzten Jahren dieser «Krisenzustand» zum Dauerzustand wird und dadurch das nach den neuen Regelungen verbliebene Recht auf eine individuelle Prüfung der Asylgründe völlig untergraben wird.

Und wo macht die Schweiz mit?

Am 20. Dezember 2023 titelt das SRF in der Sendung Echo der Zeit «Hohe Erwartungen ans neue EU-Asylrecht in der Schweiz» und berichtet, dass sich die (damals noch) SP-Justizministerin Elisabeth Baume-Schneider über den EU-Pakt freut und von einem bedeutsamen politischen Schritt redet. Nicht ohne Grund schrieb die NZZ bereits im Juni 2023: «Die Schweiz wird von der Reform des EU-Asyl- und Migrationssystems profitieren. Für sie ist es ein Vorteil, wenn sich die EU an den Aussengrenzen stärker abschottet. Dennoch sind damit für sie kaum Verpflichtungen verbunden». Die Schweiz muss nur diejenigen Regelungen übernehmen, die eine Weiterentwicklung des Schengen-/Dublin-Besitzstand beinhalten. Sie trägt

dabei keine Verantwortung für die menschenrechtlich problematischen Verfahren an den EU-Aussengrenzen, kann aber aufgrund der verschärften Dublin-Regeln, welche auch für die Schweiz gelten werden, weiterhin die extensive Anwendung der Überstellungen quer durch Europa weiterführen bzw. noch intensivieren. Der «Solidaritätsmechanismus», welcher ebenfalls in der Asyl- und Managementverordnung geregelt ist, muss von der Schweiz ebenfalls nicht übernommen werden. Dieser Solidaritätsmechanismus hat nichts mit «Solidarität» mit geflüchteten Menschen zu tun, sondern mit «Solidarität» zwischen den EU-Mitgliedsstaaten. Er regelt, dass die Nichtübernahme einer schutzsuchenden Person durch einen EU-Staat diesen 20'000 Euro kostet. Das Geld soll dann an den Mitgliedstaat gehen, in welchem sich die geflüchtete Person aufhält oder wird in den Fonds zur Unterstützung von Abschottungsmassnahmen einbezahlt. Aufgrund dieser nichtbindenden Regel für die Schweiz, bleibt die Nichtübernahme von geflüchteten Menschen für die Schweiz daher «gratis».

Die Mehrheitsfähigkeit dieser neuen Regelungen innerhalb der EU aber auch der fehlende Widerstand der schweizerischen Politik zeigen auf, wie tief verankert der Gedanke eines homogenen Europas ist. Fabian Georgi kommt daher in seinem Text «Kämpfe der Migration im Kontext. Die Krisendynamik des europäischen Grenzregimes seit 2011» zum Schluss, dass das europäische Grenzregime die Lebensweise, welche auf den weltweiten Zugriff auf Ressourcen, Raum und Arbeitskräfte andernorts beruht, sichert. Erst dieses Grenzregime ermöglicht es den europäischen Gesellschaften, die negativen Effekte ihrer Lebensweise in äussere, abgegrenzte Räume zu externalisieren.

Dabei darf nicht vergessen werden: die Zahl der Menschen, die bis Ende 2015 ihre Heimat wegen Krieg, Konflikten und

Verfolgung verlassen mussten, lag gemäss dem jährlichen Bericht des UNHCR „Global Trends“ bei 65,3 Millionen Menschen.** Laut dem aktuellen Global Trends Report vom UNHCR waren Ende 2022 weltweit 108,4 Millionen Menschen¹ auf der Flucht. So viele Menschen wie nie zuvor benötigen Schutz vor Gewalt und Verfolgung sowie den Zugang zu den grundlegendsten Lebensgrundlagen wie Wasser, Nahrung und Zugang zu Bildung.

Es ist daher zwingend notwendig, dass wir uns insbesondere auch in der Schweiz mit Menschen auf der Flucht solidarisch zeigen, vielleicht gerade, weil die Schweiz nicht EU-Mitglied ist und dadurch jetzt noch einen kleinen Spielraum hat. Wir haben jetzt noch die Möglichkeit, Widerstand gegen die in der EU beschlossenen Verschärfungen zu leisten und unsere Stimmen zu erheben. Es kann nicht sein, dass Fluchtwege noch teurer, unsicherer, prekärer und lebensgefährlicher werden, während so viele Menschen wie noch nie auf der Flucht sind. (lea)

** Diese Zahl umfasst Flüchtlinge (einschließlich Flüchtlingen, die nicht unter das UNHCR-Mandat fallen), Asylsuchende, Binnenvertriebene und andere Menschen, die internationalen Schutz benötigen.

Impressum

Redaktion, Layout & Lektorat
Freiplatzaktion Basel

Auflage
600 Exemplare

Illustration Titelseite
Jan Bachmann

Spendenkonto
Basellandschaftliche
Kantonalbank
4410 Liestal/H
IBAN CH6800769016310143829

Kontakt
Freiplatzaktion Basel
Elsässerstrasse 7
CH-4056 Basel
Tel. +41 61 691 11 33
infos@freiplatzaktion-basel.ch
www.freiplatzaktion-basel.ch



Was geschlossene Grenzen mit uns machen

Warum sich eine autoritäre Asylpolitik letztlich gegen uns selber richtet

Ich sitze im Zug nach Freiburg im Breisgau, wo eine Massenkundgebung gegen die AFD stattfinden soll. Es ist der 3. Februar, ein paar Wochen nachdem in einem Thüringer Dorf die Absichten rechtsextremer Organisationen enthüllt wurden, drei Millionen Migrant:innen aus Deutschland „remigrieren“ zu wollen. Am Badischen Bahnhof in Basel beobachte ich, wie eine Familie mit drei kleinen Kindern und schwerem Gepäck von etwa zehn Polizisten aus dem Zug befördert wird. Die Abfahrt des Zuges verzögert sich um eine Viertelstunde. Niemand sagt etwas. Ich auch nicht. Die Deutsche Polizei will verhindern, dass Geflüchtete in Deutschland ein Asylgesuch stellen. Deshalb werden Menschen, welche die Polizei als Geflüchtete „identifiziert“, in diesem Grenzbahnhof systematisch kontrolliert, an der Einreise nach Deutschland gehindert und dazu gedrängt ihr Asylgesuch in der Schweiz zu stellen. Die in Basel beobachtete Situation dient nur als Beispiel dafür, wie die zunehmende Brutalität an Europas Außengrenzen in unseren Alltag hineinreicht. Sie dient aber zugleich auch als Beispiel für die erschreckende Gewöhnung an die himmelschreiende Ungerechtigkeit, die wir alle bereits durchlaufen haben. Kaum jemand scheint sich noch über die Szene zu wundern, die es hier am Badischen Bahnhof täglich hundertfach zu beobachten gibt. Dass Geflüchteten Grundrechte verweigert werden, dass Menschen rassifiziert, kontrolliert und abgeführt werden, diese Bilder fügen sich bereits nahtlos ein, in unser Kopfkino von Flüchtlingsströmen, überfüllten Rettungsbooten und Polizeigewalt an den Grenzen.

Die Eskalation der Gewalt an den europäischen Aussengrenzen und die Politik

der Abschottung wirkt auch in unsere Gesellschaften zurück. So die These Volker M. Heins“ und Frank Wolffs Buch, die sie in ihrem Buch „Hinter Mauern“ erläutern. Bereits bei Thomas Morus' Gesellschaftsentwurf „Utopia“ von 1516 liesse sich erkennen, dass die Idee einer harmonischen Gesellschaft, „beschützt von Gräben, Dämmen und Mauern“, nur um den Preis eines autoritären gesellschaftlichen Regelwerks zu haben ist.

«Die Autoren beschreiben auf eindrückliche Weise, wie die Idee einer undurchlässigen Festung gerade in jener historischen Phase an Popularität gewinnt, in der das europäische Projekt massiv an Bedeutung verliert und an den inneren Widersprüchen zu zerbrechen droht.»

Doch genau diese Utopie habe heute, über dreissig Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer, wieder Konjunktur und sie heisst „Festung Europa“. Die Autoren beschreiben auf eindrückliche Weise, wie die Idee einer undurchlässigen Festung gerade in jener historischen Phase an Popularität gewinnt, in der das europäische Projekt massiv an Bedeutung verliert und an den inneren Widersprüchen zu zerbrechen droht.

Dabei schildern sie den Prozess der Verrohung der Diskurse um Migration und die Etablierung des rassistischen Gedankens «wertloser Menschenleben», was eine Normalisierung des ständigen Ausnahmezustands und die Abhärtung unserer Sehgewohnheiten durch die ständigen Bilder der Gewalt zur Folge hat. Die Gewalt

an der Grenze greife nach innen aus, so die Autoren, und korrumpiere die Gesellschaft, indem sie zum einen die Institutionen des Rechtsstaats und der Demokratie zum anderen - durch die Gewöhnung an Grausamkeiten und Rechtsbrüche - aber auch die Fähigkeit zu Empathie und Solidarität nachhaltig beschädige.

Ein ähnliches Argument liest sich auch in Zygmunt Baumanns Buch „Die Angst vor den anderen“, indem er aufzeigt, dass die Gewaltbereitschaft gegen Geflüchtete vor dem Hintergrund einer wachsenden Krise staatlicher Macht zunimmt. Während sich globales Kapital seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion praktisch ungehindert über Landesgrenzen hinweg verschieben lässt, verbleiben die politische Strukturen in den westlichen Demokratien im Lokalen verankert und vermögen den neuen Machtverhältnissen wenig entgegenzusetzen: globale Finanzkrisen, Inflation, Energiekrisen, Klimawandel, Pandemien und territoriale Konflikte brechen wie Naturkatastrophen über uns herein und lösen bei den Menschen Angst um den Verlust ihres Lebensstandards aus. Das Vertrauen in die politischen Institutionen erodiert zunehmend und im entstandenen Vakuum erhalten populistische Randparteien und Einzelkämpfer:innen mit einfachen Lösungen plötzlich unerwartete Aufmerksamkeit. Diese Entwicklung lässt sich in Ungarn, Polen aber auch Griechenland und Italien, sowie zuletzt den Niederlanden beispielhaft nachverfolgen. Gemeinsamer Nenner all dieser Bewegungen: Das vermeintliche Versprechen das «Problem der illegalen Migration“ zu lösen.



30'000 Menschen demonstrieren am 3. Februar in Freiburg im Breisgau gegen die AFD und für eine offene Gesellschaft

Lange ging man davon aus, dass Europas Rechte Strömungen kein Interesse an Europa hätten. Mittlerweile ist jedoch klar: Europa wird zu grossen Teilen von den Rechten regiert und die rechten Parteien sind gut vernetzt. Dabei ist das Thema der „illegalen Migration“ zur „catch-all“-Erklärung für alle erdenklichen Probleme unserer Zeit geworden und dient den rechtspopulistischen und explizit faschistischen Strömungen in Europa als Vehikel zur Machterlangung und Etablierung eines staatlichen Autoritarismus. Und tatsächlich zeigen aktuelle Umfragen zur Einstellungen der Menschen in acht Europäischen Ländern, dass die Befürwortung eines autoritären Führers zulasten einer demokratischen Ordnung weiterhin massiv zunimmt. Unser Erschrecken darüber, dass eine Asylreform wie das GEAS tatsächlich im Europäischen Parlament beschlossen werden konnte, ist im Grunde das Erschrecken darüber, wie rechts Europa bereits geworden ist. Und wie sehr sich der Diskurs im Europäischen Parlament verschoben haben muss, damit die massenhafte Internierung von Familien und Kindern im

Rahmen der Grenzverfahren plötzlich als legitime Massnahme gelten kann. Oder dass das Zurücksenden von Menschen in Herkunftsstaaten, in denen ein blutiger Bürgerkrieg herrscht, plötzlich vertretbar zu sein scheint, wenn man jene Länder und Regionen kurzerhand zu «sicheren Herkunftsstaaten» erklärt.

Obwohl autoritäre Verschiebungen ganz Wesentlich von rechts aussen vorangetrieben werden, hat sich bis links der Mitte die Auffassung verbreitet, dass die «Sicherung» der Aussengrenzen als unvermeidliches Übel akzeptiert werden muss. Es ist jedoch nur eine Frage der Zeit, bis jene Argumentationslinien und Massnahmen, die durch das GEAS an den europäischen Aussengrenzen legitimiert und normalisiert werden, auch im Instrumentarium staatlicher Repression im Inland aufgenommen werden. Je vehementer externe Eindringlinge bekämpft werden, desto enger wird es auch für die inneren für innere «Feinde». Nirgendwo in Europa wird dieser Zusammenhang deutlicher sichtbar als in Ungarn, wo der martialische Kampf gegen Geflüchtete mit zunehmender Härte auch gegen LGBTQ,

Roma und Romni sowie Wohnungslose geführt wird. Wenn die Frage der Verteidigung einer vermeintlich homogenen Nation in den Vordergrund rückt, geraten plötzlich auch Menschen in Gefahr, die «anders aussehen», «anders lieben», «anders denken» oder einfach arm sind. Und damit drohen auch vielen von uns Verhältnisse, wie jene, die Menschen auf der ganzen Welt zur Flucht zwingen. Könnte das in Europa und der Schweiz nicht schon Antrieb genug sein, um uns für den Schutz vor Verfolgung, sichere Fluchtrouten und die Einhaltung der Genfer Konvention einzusetzen und den Kampf um Bleiberecht und Bewegungsfreiheit als einen gemeinsamen zu verstehen, von dem am Ende wir alle profitieren? (mb)

[Leseliste](#)

Volker M. Heins, Frank Wolff:
«Hinter Mauern», Suhrkamp 2023

Zygmunt Baumann:
«Die Angst vor den fremden»
Suhrkamp 2016

Der realistische linke Asylpolitiker

Seit kurzem wird wieder ohne Zurückhaltung auf die nordafrikanischen «Glücksritter» gehauen. Ihr grundsätzliches Auftreten ist jeweils mit demjenigen des realistischen linken Asylpolitikers verbunden.

Auf Blitz folgt in der Regel Donner – und auf Probleme durch maghrebinische Asylsuchende folgt Thomas Kessler. Im Anschluss an die Ereignisse des «arabischen Frühlings» vor mehr als zehn Jahren fuchtelte der ehemalige Basler Drogenbeauftragte und Integrationsdelegierte damals durch die Schweizer Medienlandschaft und prägte den Begriff der nordafrikanischen «Abenteuer-Migranten», die lediglich Party und Alkohol suchen (der Blick machte daraus den Begriff «Partyasylanten»). Natürlich forderte Kessler zur Lösung der angeblichen Probleme eine härtere Asylpolitik. Und wer hätte es gedacht, er tut es dieser Tage wieder, mit den gleichen Argumenten, den gleichen Überlegungen und den gleichen repressiven Allmachtsfantasien. Die Plattform für seine Ausschweifungen bietet ihm heuer die NZZ, denn der ehemalige grüne Kantonsrat ist seit 2018 Mitglied der FDP. Ein bisschen anders ist Kesslers Begriffswahl: die jungen Männer aus dem Maghreb sind nun «Abenteurer und Glücksritter», immerhin eine leichte Verbesserung. Den zweiten Begriff – und leider sonst gar nichts – hat Kessler bei Kaspar Surber von der

WOZ abgekupfert. Dieser lieferte anno 2011 im nach wie vor lesenswerten Artikel «Glücksritter auf Lampedusa» (googeln Sie WOZ und Glücksritter) eine akurate Bestandaufnahme der Lebensrealitäten der betroffenen Migrant:innen. Dieser essentielle Perspektivenwechsel gelang Kessler weder damals, noch gelingt er ihm heute. Wozu auch? Es geht ihm ja nicht darum, die tatsächlichen Probleme zu benennen.

Leider aber muss man Kessler trotzdem ernst nehmen. Der (vermeintliche) Erfinder des Konzepts «Fördern und Fordern» ist über seine Consultingfirma id-kessler als Projektentwickler und Consulter für Exekutiven im In- und Ausland in den Bereichen Migration und Sicherheit tätig. Seine Meinung hat Gewicht, sein glänzender Ruf als «Migrationsexperte» beschert ihm von links bis rechts politisches Gehör. Ähnlich wie Mario Fehr steht Kessler sinnbildlich für Realitätsbezug, lösungsorientiertes Vorgehen und Kompetenz im Migrationsbereich. Genau wie bei Fehr speist sich dieses Image aus einer kompromisslosen und «harten aber fairen» Asylpolitik – denn in der Schweizer Asyldebatte ist letztlich nur kompe-

tent, wer Härte zeigt und Repression annimmt. Als ehemaliger Linker bekommt Kessler dabei besonders viel Beachtung, denn kaum etwas fasziniert medial mehr als die Figur des realistischen linken Asylpolitikers. Eine Figur, die wir zu grossen Teilen Thomas Kessler verdanken.

Genau diesem spezifischen Image des linken Realpolitikers ähnelte nun auch Neo-Bundesrat Beat Jans, als er eine härtere Gangart gegen die Glücksritter aus dem Maghreb ankündigte. Natürlich wurden im Fahrwasser dessen sämtliche Diskussionen um eine härtere Asylpolitik sofort lauter. Und dass jedwede dabei propagierte, repressive Massnahme kein einziges Problem tatsächlich beheben kann, ist völlig egal, denn genau: kompetent ist, wer hart ist.

Hoffen wir, dass Beat Jans den realistischen linken Asylpolitiker künftig mehr an Kaspar Surber statt an Kessler anlehnt, denn Kompetenz bedeutet im Migrationsbereich in erster Linie Einfühlungsvermögen. So geht links. Ganz realistisch. (cas)